

Forstwirtschaft gegen 5 %-Ziel für Naturschutz

»Buchen-Symposium« der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt am 9. und 10. September in Göttingen

jk. Das „Buchen-Symposium“ in Göttingen war das erste größere öffentliche Treffen von Forstwirtschaft und Naturschutz nachdem die Bundesregierung Ende letzten Jahres bekannt gegeben hat, dass sie anstrebt, bis 2020 5% der deutschen Waldfläche einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Über 300 Vertreter der Forstwirtschaft und des Naturschutzes waren am 9. und 10. September zusammengekommen, um über Naturschutz im Wald öffentlich zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen dabei die Buchenwälder.

Die deutsche Laubholzsägewaldindustrie – rund ein halbes Dutzend deutscher Laubholzsäger waren zum Symposium gekommen – kritisierte in Göttingen, dass die Ausweitung der Waldflächen, in denen keine Holznutzung mehr stattfinden soll, eine Begrenzung der Rohstoff-Quellen für ihre Unternehmen bedeutet. Die Industrievertreter forderten konkrete Zahlen darüber, wie sich die Umsetzung der Naturschutzpläne auf das zukünftig zu erwartende Aufkommen von Buchenstammholz auswirken werde.

Nach erster, überschlägiger Rechnung wurde die Befürchtung geäußert, dass das Buchenstammholz-Angebot aus dem Staatswald durch die Umsetzung des 5%-Zieles halbiert werden könnte. Dieses für die Sägewerke bedrohliche Szenario blieb undiskutiert im Raum stehen. Es zeigte sich, dass die Strategie noch keinen Bezug zu bestimmten Flächen hat. Über das weitere Vorgehen zur Umsetzung der Strategie wurde nichts mitgeteilt. Ähnlich wie die Vertreter der Forstwirtschaft forderten auch die Vertreter der Holzwirtschaft, dass sie künftig besser an entsprechenden Entscheidungen beteiligt, bzw. ihre Interessen dabei stärker berücksichtigt werden sollten.

5%-Ziel – Sinn und Unsinn

Seit die Bundesregierung ihre Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt im November vorigen Jahres bekannt gegeben hat, haben sich die Spannungen zwischen der Forstwirtschaft auf der einen Seite und dem amtlichen Naturschutz sowie den Naturschutzverbänden auf der anderen Seite verstärkt. Die Forstseite bewertet es als Zumutung, dass in der Strategie das Ziel vorgegeben ist, bis 2020 5% der deutschen Waldfläche einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Dieses pauschale Flächenziel ist zwar eine in den letzten Jahren immer wieder aufgestellte Forderung des Naturschutzes, doch eine objektive, wissenschaftliche Herleitung dieser Zahl ist nicht bekannt. Dr. Elsa Nickel, Leiterin der Unterabteilung „Naturschutz“ im Bundesumweltministerium, erklärte dann auch in Göttingen, dass das 5%-Ziel einen politischen Kompromiss darstelle. Dr. Carsten Leßner, der Geschäftsführer des Deutschen Forstwirtschaftsrates, kritisierte, dass die Forstwirtschaft am Entscheidungsprozess nicht beteiligt wurde bzw. dass die Argumente der Forstwirtschaft dabei nicht berücksichtigt wurden.

Eine Begründung für die Nationale Strategie bzw. das 5%-Ziel in Bezug auf die Ausweitung von Naturwaldflächen ist die Vorbildfunktion, die Deutschland mit der Umsetzung dieses Zieles entwickeln will. Es sei wenig glaubwürdig, so wurde argumentiert, wenn man von Tropenländern die vermehrte Unterschutzstellung ihrer Wälder fordere, wenn gleichzeitig Deutschland als reiches und gut entwickeltes Land kaum Wälder unter Naturschutz gestellt habe.

Dem wurde einerseits entgegengehalten, dass es in Deutschland keinen Urwald mehr gebe, den man schützen könne. Außerdem wurde der Stopp der nachhaltigen Forstwirtschaft als „Naturschutz der Reichen und Satten“ bezeichnet, der wohl kaum Vorbild sein könne für arme, in der Anfänge einer wirtschaftlichen Entwicklung stehende Staaten. Als drittes Argument wurde vorgetragen, dass der Stopp der nachhaltigen Forstwirtschaft zu Gunsten einer von menschlicher Holznutzung ungestörten Waldentwicklung sogar ein falsches Signal in Richtung der Länder mit hohen Raten an Waldzerstörung wäre. Das Hauptproblem in diesen Ländern sei nicht der zu geringe Umfang an Naturschutzflächen in den Wäldern, sondern vielmehr der Mangel an nachhaltiger Forstwirtschaft. Ein viertes Argument gegen die Vorbildwirkung des 5%-Zieles bezieht sich auf die Rohstoffarmut Deutschlands, aus der die Verpflichtung abzuleiten sei, die wenigen heimischen Rohstoffquellen möglichst sinnvoll und effektiv zu nutzen.

„Hot-Spot“-Naturschutz effektiver

Vor dem Hintergrund des 5%-Zieles diskutierten die über 300 Fachleute in Göttingen auch über grundsätzliche Ansätze für den Naturschutz im Wald. Die Forstleute lehnen den Prozentansatz der Naturschutzvertreter ab, so wie er sich jetzt in der Nationalen Strategie wiederfindet. Sie betrachten ihn als zu pauschal und wenig hilfreich im Sinne der eigentlichen Ziele des Naturschutzes. Aus forstlicher Sicht, die vor allem von Prof. Dr. Hermann Spellmann, dem Leiter der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt, und Dr. Klaus Merker, dem Präsidenten der Niedersächsischen Landesforsten, vorgetragen wurde, sind die bisherigen Naturschutzmaßnahmen in den Staatsforstbetrieben sehr effektiv gewesen. Das beziehe sich einerseits auf die bereits vorhandenen Waldflächen, die seit mehreren Jahrzehnten nicht genutzt werden. An-

dererseits betonten die Forstvertreter aber auch die Umsetzung von Naturschutz-Zielen in die Bewirtschaftung des Wirtschaftswaldes. Sie bezweifelten, dass sich durch eine mehr oder weniger pauschale Ausweitung der Naturwaldflächen ein wirklicher Gewinn für den Naturschutz ergebe. Sie plädierten dafür, sich ausgehend von konkreten Naturschutz-Problemen und -Fragestellungen für den Schutz bestimmter, besonders interessanter Bereiche (so genannter Hot Spots) einzusetzen. Dies sei im Sinne der Erreichung von Naturschutz-Zielen viel effektiver als die Unterschutzstellung von Wäldern, um ein Flächenziel zu erreichen.

Von Naturschutzseite wurde dieser Argumentation nicht deutlich widersprochen. Ein Naturschutzvertreter erklärte aber, dass die Vorgabe dieses pauschalen, strategischen Flächenzieles für die praktische Arbeit des Naturschutzes sehr hilfreich sei, um die Diskussionen und Verhandlungen über neue Schutzflächen in Gang zu bringen.

Gleichermaßen wichtig für Förster und Naturschützer sind Wälder ohne forstliche Holznutzung als Referenzflächen, also quasi als Maßstab und Orientierung für das, was natürlich ist in Wäldern.

Wer zahlt für die neuen Naturschutz-Flächen?

Beim Buchen-Symposium wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ausweisung neuer Naturschutzflächen vornehmlich im Staatswald erfolgen solle und dass die Ausweisung solcher Flächen im Privatwald mit Entschädigungszahlungen verbunden sein werde. Finanzielle Mittel für die Entschädigung von Privatwaldbesitzern sind aber bisher offenbar weder beim Bund noch bei den Ländern eingepplant.

Problematisch ist aber auch die Herausnahme von Staatswaldflächen aus der Holznutzung. Darauf wies in Göttingen besonders Carsten Wilke hin, er

ist Leiter der Abteilung Forsten und Naturschutz im hessischen Umweltministerium. Wilke erklärte, dass es sich beim Staatswald mehrheitlich um den Wald der Bundesländer handle, während die Nationale Strategie von der Bundesregierung stamme. Die Bundesregierung hat damit quasi die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Von anderer Seite wurde ergänzt, dass es zwar keiner Entschädigung bedarf, wenn in Staatswäldern auf den Holzeinschlag verzichtet werde, gleichwohl sollte der finanzielle Verlust berechnet und bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Denn es sei schließlich gleich, ob dem Steuerzahler Ausgaben durch Entschädigungszahlungen für Naturschutz im Privatwald oder Einnahmeverluste durch Verzicht auf Holznutzung in staatlichen Wäldern entstehen.

Einige Naturschutz-Vertreter sprachen hingegen nicht von staatlichen, sondern von „öffentlichen Wäldern“ und bezogen damit offensichtlich den Kommunalwald, also den Wald der Gemeinden und Städte, mit ein. Dieser Aspekt wurde nicht diskutiert, dürfte aber ähnlich gelagert sein, wie beim Landeswald: Eine automatische Bereitschaft, dass die Städte und Gemeinden Ziele der Bundesregierung umsetzen, wenn das mit Mehraufwand und Mindererträgen in den kommunalen Haushalten verbunden ist, darf nicht unterstellt werden. Ob Erklärungen, dass die Umsetzung der Biodiversitäts-Strategie ein nationales oder gesamtgesellschaftliches Anliegen sei, in dieser Frage weiterführt, blieb in Göttingen offen.

Dass es sich beim Verzicht auf Holznutzung im Wald nicht um eine vernachlässigbare ökonomische und soziale Größe handelt, betonten mehrere Redner. Lars Schmidt von der Firma Pollmeier verwies dazu auf die Ergebnisse eines Forschungsprojektes aus Thüringen, das sich aus dem Einschlag und der Verarbeitung von 100 Fm Einschlag zwei Arbeitsplätze in der Forst- und Holzwirtschaft ergeben sowie Netto-Steuerereinnahme für den Staat von 110 Euro/Fm (vgl. Holz-Zentralblatt Nr. 27 vom 4. Juli, S. 757). Dr. Merker ergänzte dazu, dass seiner Schätzung nach die Beendigung von Holznutzung und Waldpflege der in der Nationalen Strategie vorgesehenen Flächen (550 000 ha) einem Vermögensverlust von 300 bis 500 Mio. Euro entspricht.

Merker und Wilke warnten in diesem Zusammenhang vor der Erwartung, dass diese Maßnahme im Staatswald folgenlos bleiben würde für die Beschäftigung. Wilke erklärte, dass in der Politik zunächst das einfache Rechenmodell angewendet werde, dass die Reduktion der Wirtschaftswaldfläche zu einer Personalreduktion um den gleichen Faktor führen müsse.

Die Frage Merkers in diesem Zusammenhang blieb unbeantwortet, ob den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Stilllegung von Wirtschaftswäldern (Verlust an Vermögen, Wertschöpfung, Arbeitsplätzen) wirklich ein entsprechender Mehrwert für den Naturschutz entstehe.

Buchen-Naturschutz kann verbessert werden

Neben der Biodiversitäts-Strategie der Bundesregierung war es vor allem eine Veröffentlichung des Bundesamtes für Naturschutz vom Mai dieses Jahres, bei der es um Defizite beim Naturschutz in Buchenwäldern geht, die für Span-

nungen zwischen Forstwirtschaft und Naturschutz gesorgt hat. Wie aber das Symposium ergeben hat, sind die Meinungsverschiedenheiten bei diesem Thema weitaus geringer als bei der Bewertung des 5%-Zieles. Die Ergebnisse einschlägiger Forschungstätigkeit werden anerkannt.

Klar ist, dass die Holznutzung den natürlichen Prozess der Alterung eines Wald-Ökosystems über Initial-, Optimal-, Zerfalls- und Verjüngungsphase stört bzw. frühzeitig unterbricht. Was zur Folge hat, dass besonders die Zerfallsphase mit vielen alten, absterbenden und toten Bäumen in den Wirtschaftswäldern weniger häufig vorkommt als in Wäldern, die nicht genutzt werden. Das bedeutet, dass Tiere und Pflanzen, die auf diese Phasen der natürlichen Waldentwicklung angewiesen sind, ungünstige Überlebenschancen haben. Dies ist nicht nur eine theoretische Vermutung, sondern zeigt sich auch deutlich bei Erhebungen in der Praxis und drückt sich auch in den Roten Listen aus.

Es wurde auch festgestellt, dass einige Arten empfindlich auf Holzerntemaßnahmen reagieren. Die Häufigkeit dieser Arten nimmt zu, mit der Zeitspanne seit der Holzerntemaßnahme. Holzernte bzw. Durchforstungen bewirken außerdem eine Verringerung solcher Baumtypen, die aus holzwirtschaftlicher Sicht weniger wertvoll sind. Diese Bäume sind aber für das Überleben manche Arten besonders wichtig. Diese Arten finden sich daher deutlich häufiger in ungepflegten Wäldern als in Wirtschaftswäldern.

In Bezug auf den Artenschutz ist es weiter unbestritten, dass manche Arten gut ausweichen können, wenn ein Lebensraum nicht mehr ihren Ansprüchen entspricht, während andere sehr unbeweglich sind. Zusätzlich ist bekannt, dass manche Arten einen vergleichsweise großen, zusammenhängenden Lebensraum benötigen, während andere auch in vergleichsweise kleinen Inseln überleben können.

Daraus wird abgeleitet, dass im Sinne des Naturschutzes einerseits Total-schutzgebiete ohne Holznutzung (segregativer Naturschutz) erforderlich sind, andererseits aber auch ein Mindestmaß an alten, kranken, absterbenden und toten Bäumen im Wirtschaftswald (integrativer Naturschutz) nötig sind; keiner der beiden Ansätze ist in der Lage alleine alle Ziele des Naturschutzes zu erreichen. Während es über diese grundsätzliche Aussagen keine Differenzen zwischen Forstleuten und Naturschützern gibt, bestehen unterschiedliche Ansichten über das Wo und das Wieviel dieser Naturschutzmaßnahmen.

Beispielhaft dafür war in Göttingen die Diskussion über die notwendige Flächengröße von Buchen-Naturwaldgebieten. Während sich die Forstseite zufrieden zeigte mit rund 40 ha, trug die Naturschutzseite vor, dass erst rund 200 ha ausreichend seien. In der Diskussion ergab sich, dass keine Seite objektive Argumente für die eine oder gegen die andere Zahl hat.

Dieses Problem zieht sich durch die praktische Arbeit beim Waldnaturschutz, wie Carsten Wilke berichtete. In den letzten Jahre habe man erst intensiv Grundlagenarbeit leisten müssen, da es an Daten und Fakten über bestimmte als wichtig eingeschätzte Arten gefehlt habe. Aus dieser Sicht bewertet er die Leistungen der Forstwirtschaft in Sa-

chen Naturschutz im Wald grundsätzlich positiv. Gleichzeitig bleibt er jedoch vorsichtig, es könnte ja Arten und Gefährdungsursache geben, die derzeit noch nicht bekannt und daher auch nicht beachtet werden (können).

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Naturschutzseite die Notwendigkeit und Wichtigkeit nachhaltiger Forstwirtschaft auf großen Teilen der Waldfläche in Deutschland im Sinne der Holzgewinnung, der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze bestätigt hat. Bezüglich nachhaltiger Forstwirtschaft im Wirtschaftswald wünscht sich die Naturschutzseite aber eine Festlegung forstlicher Standards in Form der seit nunmehr über fünf Jahren diskutierten „guten fachlichen Praxis“, was die Forstseite mehrheitlich ablehnt. Das wurde in Göttingen jedoch nicht vertieft.

Die Naturschutzseite akzeptierte beim Symposium die Leistungen der Forstwirtschaft bei der Ausdehnung der Buchenfläche sowie der Fläche alter Buchenbestände und die Erhöhung des Buchenvorrats, wenn auch einzelne Redner deutlich zum Ausdruck brachten, dass sie das bislang geleistete nicht für ausreichend halten und weitere Anstrengungen in dieser Richtung fordern. Die Forstseite bewertet die Anerkennung vieler Buchenwälder als FFH-Flächen als Beleg für die vorbildliche Beachtung von Naturschutz-Zielen im Rahmen der bisherigen Waldbewirtschaftung.

Neue Aspekte für Naturschutz im Wald

Mehrere forstliche Redner sehen Defizite bei Naturschutz-Konzepten, wenn es darum geht, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren, die sich aus dem Klimawandel direkt bzw. aus den Versuchen, die CO₂-Bilanz zu verbessern, indirekt ergeben. Die Vertreterin des Bundesumweltministeriums erklärte, dass diese Aspekte noch in eine umfassende Strategie umgesetzt werden sollen. Prof. Knapp erklärte, dass er davon ausgehe, dass ungenutzte Buchen-Ökosysteme mehr CO₂ speichern (Senkenfunktion) als genutzte. Insgesamt wurde aber festgestellt, dass es zu dieser Fragestellung bislang zu wenig Fakten gebe. Der Einwand von Prof. Dr. Gero Becker, dass sich der wirksamere Effekt in Bezug auf die CO₂-Bilanz nicht durch die Senkenwirkung ergebe, sondern durch Hölznutzung und Holzverwendung, blieb unwidersprochen.

Becker machte darauf aufmerksam, dass sich vor allem durch den Boom der Energiegewinnung aus Holz eine ganz neue Holznachfrage auf die Buchenwälder zukomme. Er erwartet eine steigende Nutzung bislang ungenutzter Buchenhölzern, wobei politische Vorgaben zur vermehrten Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen den Trend beschleunigen könnten.

Die direkten Folgen des Klimawandels für die Buche in Deutschland bewertete Prof. Spellmann in seinem Vortrag insgesamt optimistisch. Die erwarteten längeren Dürreperioden im Sommer könnten nur auf einigen Standorten kritisch werden. Als kritisch bewertete er die möglicherweise milderen Winter, diese könnten zur Ausweitung von Pilzschäden führen.

Insgesamt hat sich die Buche in ihrem europäischen Umfeld bei vielen Untersuchungen und Beobachtungen als sehr konkurrenzstarke und anpassungsfähige Baumart erwiesen.



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Lars Schmidt (Fa. Pollmeier), Dr. Klazus Merker (Niedersächsische Landesforsten), Dr. Elsa Nickel (Bundesumweltministerium), Dr. Carsten Leßner (Deutscher Forstwirtschaftsrat), Carsten Wilke (Umweltministerium Hessen), Steffen Rathke (Laubholzsprecher des Verbandes der Deutschen Säge- und Holzindustrie), Dr. Hubert Weiger (BUND) und Prof. Dr. Hans Dieter Knapp (Bundesamt für Naturschutz). Foto: J. Krauhausen